

## Niederschrift



Gremium: **12. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**  
Sitzungsdatum: **Dienstag, den 22.09.2009**  
Sitzungsort: **Schwäbische Galerie im Schwäbischen Volkskundemuseum  
Oberschönenfeld, 86459 Gessertshausen (s. Anlage)**  
Beginn: 14:30 Uhr Ende: 17:50 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**  
Martin Sailer

**Mitglieder:**

Manfred Buhl	bis 17:35 Uhr
Renate Durner	
Sabine Grünwald	ab 14:50 Uhr
Sabine Höchtl-Scheel	
Fritz Hölzl	
Gabriele Huber	
Karl Heinz Jahn	
Alexander Kolb	bis 17:40 Uhr
Paul Reibacher	
Dr. Max Stumböck	bis 17:35 Uhr
Carolina Trautner	
Bernhard Walter	bis 17:00 Uhr
Frank Weiher	

**Vertreter:**

Albert Lettinger Vertretung für Annemarie Finkel

**Verwaltung:**

Armin Falkenheim  
Sybille Lichti  
Michael Püschel  
Frank Schwindling

**Weitere Anwesende:**

Mercedes Leiß und Harald Stör, Bezirk Schwaben (zu TOP 1)  
Beate Spiegel, Volkskundemuseum Oberschönenfeld (zu TOP 1)  
Otto Völk, 1. Bgm. Markt Diedorf (zu TOP 2)  
Jürgen Wunderlich und Dr. Helmut Nebel, Berufliche Schulen Neusäß (zu TOP 3)  
Hans Peter Scholze, Realschule Meitingen (zu TOP 4)  
Frank Büsch, plan:mobil Verkehrskonzepte & Mobilitätsplanung (zu TOP 9)

**Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### **Öffentliche Sitzung**

1. Betriebskosten Oberschönenfeld;  
Leistungsvereinbarung mit Bezirk Schwaben  
Vorlage: 09/0174
2. Gymnasium Diedorf;  
Weitere Planung  
Vorlage: 09/0175
3. Raumprogramm Berufliches Schulzentrum Neusäß  
Vorlage: 09/0177
4. Realschule Meitingen - Konjunkturpaket II;  
Raumprogramm  
Vorlage: 09/0178
5. Fachoberschule/Berufsoberschule Agrar;  
Stellungnahme Schulleitung Berufliches Schulzentrum Neusäß  
Vorlage: 09/0179
6. Verschiedenes
7. Wünsche und Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

8. Lieferung von elektrischer Energie für Liegenschaften des Landkreises;  
Auftragsvergabe  
Vorlage: 09/0180
9. Ausschreibung freigestellter Schülerverkehr;  
Vorstellung Leistungsbeschreibung und Verkehrsvertrag  
Vorlage: 09/0181
10. Mensa Justus-von-Liebig-Gymnasium Neusäß;  
Prüfauftrag Rechnungsprüfungsausschuss  
Vorlage: 09/0176
11. Nachfolge stellvertretender Leiter Medienzentrale  
Vorlage: 09/0182
12. Verschiedenes
13. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

## Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Betriebskosten Oberschönenfeld;  
Leistungsvereinbarung mit Bezirk Schwaben  
Vorlage: 09/0174**

Anlagen: Entwurf Zweckvereinbarung mit Anlage Leistungsbeschreibung

### Sachverhalt:

Im Zuge der Haushaltsberatungen des Haushaltes 2009 befasste sich der Schul- und Kulturausschuss zuletzt in seiner Sitzung vom 13.1.2009 (Vorlage 08/0274) mit der Zweckvereinbarung Volkskundemuseum Oberschönenfeld und den damit verbundenen Zuschüssen durch den Landkreis Augsburg, insbesondere zu den Betriebskosten.

In der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. „Der Schul- und Kulturausschuss beschließt folgenden Stufenplan zur Erhöhung des Anteils des Landkreises Augsburg an den ungedeckten Betriebskosten des Volkskundemuseums Oberschönenfeld:  
Der Landkreis Augsburg übernimmt weiterhin 25% der ungedeckten Betriebskosten; der bisherige Höchstbetrag in Höhe von 35.790,43 € (70.000 DM) wird  
2009 auf 115.000 €  
2010 auf 155.000 €  
festgesetzt.
2. Zusätzlich hat sich der Bezirk Schwaben zu verpflichten, bei Personalmehrungen im Volkskundemuseum Oberschönenfeld die Zustimmung des Landkreises Augsburg einzuholen.  
Außerdem ist dem Landkreis Augsburg, vertreten durch den Kreisheimatpfleger und dem Naturparkverein Augsburg Westliche Wälder, zwei Mal im Jahr Gelegenheit zu geben, zusammen mit dem Bezirk bzw. dem Volkskundemuseum Oberschönenfeld die geplanten Arbeiten und Projekte in Oberschönenfeld zu besprechen und abzustimmen.
3. Die bestehende Zweckvereinbarung ist entsprechend Nr. 1 und 2 zu ändern.
4. Im Haushalt sind die entsprechenden Erhöhungen ab dem Jahr 2009 entsprechend einzuplanen.
5. Im Vermögenshaushalt 2009 ist ein Investitionskostenanteil von 69.000 € vorzusehen. In der mittelfristigen Finanzplanung ist bis 2012 ein Betrag in gleicher Höhe einzuplanen.“

Zusammen mit dem Bezirk Schwaben wurde die bestehende Zweckvereinbarung überarbeitet und dabei auch eine „Leistungsbeschreibung“ als Anlage erarbeitet. Dabei waren der Kreisheimatpfleger, die Kreisvolkshochschule und der Naturpark Augsburg Westliche Wälder mit einbezogen worden, die ihre Vorstellungen zur Leistungsbeschreibung mitgeteilt haben. Diese wurden in die Leistungsbeschreibung mit aufgenommen.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. 3210.7120	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		115.000 €	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten:  <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung  Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung  Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

--

**Landrat Sailer** erinnert an die Haushaltsberatungen des letzten Jahres, als über den Wunsch des Bezirks Schwabens diskutiert wurde, dass sich der Landkreis mit 25 % an den Betriebskostendefiziten des Museumsbetriebs beteiligen solle. Daraufhin wurden für 2009 Mittel in Höhe von 115.000 € und für das Jahr 2010 Mittel in Höhe von 155.000 € (bisher rd. 36.000 €) festgesetzt. In der damaligen Sitzung sei außerdem überlegt worden, ob für die Jahre 2011 ff. eine Art Leistungsvereinbarung mit dem Bezirk Schwaben getroffen werden könnte. Der aktuelle Entwurf liege nun zur Diskussion vor.

Daraufhin erläutert **Herr Falkenheim** den Sachverhalt sowie den Entwurf der Leistungsvereinbarung und die beigefügte Leistungsbeschreibung. Ferner nimmt Herr Falkenheim Stellung zur Ausgabenzusammensetzung. Es seien tatsächliche Ausgaben in Höhe von 1,35 Mio. € und Einnahmen in Höhe von 110.000 € im aktuellen Haushalt des Bezirks vorhanden, so dass ein Zuschussbedarf bzw. ungedeckter Bedarf von 1,24 Mio. € bestehe. Von den 1,35 Mio. € Ausgaben seien rd. 72 % Personalkosten und rd. 28 % Sachausgaben.

Zur Vorbereitung der heutigen Sitzung wurde u. a. vom Kreisheimatpfleger angefragt, ob solche Einrichtungen des Bezirks in anderen Landkreisen ähnlich behandelt würden. Nach Auskunft der Bezirksverwaltung übernehmen die Landkreise, in denen sich die Einrichtungen Maihingen und Illerbeuren befinden, bereits seit längerer Zeit 25 % der ungedeckelten Betriebskosten.

**Kreisrat Hölzl** bittet um eine Aussage zur Personalkostenentwicklung der letzten Jahre. Dazu erteilt **Landrat Sailer** dem anwesenden Vertreter des Bezirks, **Herrn Stör**, das Wort. Herr Stör berichtet, der Stellenplan des Volkskundemuseums sei seit Jahren mit 19,5 Vollzeitstellen (36 Kräfte) unverändert. Diese 19,5 Stellen verursachen den 72 %-Anteil der Ausgaben. Zuletzt erfolgte im Jahr 2002 nach dem Ausscheiden von Prof. Dr. Frei eine Reduzierung des Stellenplans. Die zusätzlich vorgesehene Stelle für die Museumspädagogik sei in diesem Stellenplan bereits enthalten. Es sei nicht beabsichtigt, darüber hinaus weiteres Personal einzustellen. In Zukunft werden daher nur noch Tarifsteigerungen zu berücksichtigen sein. Zudem werde in der Zweckvereinbarung festgelegt, dass Personalmehrungen zwischen dem Bezirk Schwaben und dem Landkreis abzustimmen seien. Anderenfalls müsse der Bezirk die Personalkosten zu 100 % selbst tragen.

**Kreisrätin Huber** verweist auf die vorliegende Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum des Volkskundemuseums und äußert die Vermutung, dass auf dem Bild von 1987 wohl nicht alle Mitarbeiter dargestellt seien. **Herr Stör** weist darauf hin, dass zwischen beiden Fotos 22 Jahre liegen. Damals verfügte man über ein einziges Gebäude im Museumsbetrieb. Mit dem Museumsausbauplan und somit jedem neuen Gebäude sei zusätzliches Aufsichtspersonal

etc. nötig gewesen. Seit dem Jahr 1987 habe sich das Personal verdreifacht. Seine Aussage, wonach keine Änderungen im Stellenplan erfolgt seien, habe sich auf die Jahre 1998 bis heute bezogen.

**Landrat Sailer** erkundigt sich nach den Defiziten der Museen in Maihingen und Illerbeuren. Laut Aussage von **Herrn Stör** liegt das Defizit des Museums in Illerbeuren um gut die Hälfte höher als in Oberschönenfeld, da es sich hierbei um ein Freilichtmuseum handelt. Das Defizit in Maihingen betrage rd. 500.000 €.

Anschließend kommt **Herr Püschel** auf die Frage zurück, ob und wie die Förderung erfolgen soll. Zu dem „Wie“ der Förderung habe den Landkreis ein Urteil des Bundesfinanzhofs vom 18.12.2008 erteilt, das vom Bayer. Landkreistag Ende August weitergegeben worden sei. Darin gehe es um die Frage, ob eine solche Leistungsvereinbarung eventuell umsatzsteuerpflichtig sein könnte. Herr Püschel stellt klar, dass in diesem Fall keine klassische Leistungsvereinbarung, sondern eine Zweckvereinbarung mit Leistungsbeschreibung vorliege. Er äußert trotzdem die Bitte, dies nochmals überprüfen zu dürfen. Schlimmstenfalls müsste der Landkreis ansonsten noch 19 % Umsatzsteuer zahlen.

Von **Herrn Stör** wird mitgeteilt, dass der gesamte Museumsbetrieb umsatzsteuerfrei sei, sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Er könne sich kaum vorstellen, dass die Mitfinanzierung eines umsatzsteuerfreien Betriebs umsatzsteuerpflichtig sein sollte.

**Herr Püschel** verdeutlicht, solange ein verlorener Zuschuss gegeben werde, sei dies umsatzsteuerrechtlich kein Problem. Sobald aber Gegenleistungen erbracht werden, müsse dies nochmals geprüft werden. Hinzu komme, dass die Überlassung von Räumen keine originäre Aufgabe eines Museums sei. Bei speziellen Leistungen, die außerhalb der originären Zuständigkeit des Landkreises liegen, könnte es somit problematisch werden.

**Landrat Sailer** bittet den Ausschuss dennoch bereits in der heutigen Sitzung um ein Signal, ob dieser Weg der Zweckvereinbarung mit Leistungsbeschreibung beschritten werden könne. Bis zur nächsten Sitzung sollte die rechtliche Prüfung der von Herrn Püschel aufgeworfenen Frage der Umsatzsteuerpflicht erfolgen. Ebenso sollten noch Unterlagen zum Personalbestand vorgelegt werden, so dass dann in der übernächsten Sitzung die ausgearbeitete Zweckvereinbarung vom Schul- und Kulturausschuss beschlossen werden könnte. Auch bezüglich der Kündigungsfrist sollte eventuell noch über andere Modalitäten nachgedacht werden. Landrat Sailer bittet die Fraktionen, hierüber bis zur nächsten Sitzung zu beraten.

**Kreisrätin Huber** hält eine sehr präzise Leistungsbeschreibung für notwendig, falls der Landkreis diesen Weg gehen wolle. Als Beispiel nennt sie die Leistungsvereinbarung mit dem Kreisjugendring, in der beispielsweise Mindestvoraussetzungen und Ziele festgelegt wurden.

**Kreisrat Buhl** bedankt sich für die heutige Klarstellung hinsichtlich der Kostensteigerung. Die Museumsausbauplanung sei damals einstimmig beschlossen worden. Mit diesem Ausbauplan gehen in der Folge natürlich höhere Kosten einher, wenn man den Museumsgedanken richtig aufgreifen wolle. Das Volkskundemuseum Oberschönenfeld sei ein Kleinod im Landkreis. Der Landkreis müsste sehr viel mehr Geld in die Hand nehmen, wenn er sich ein solches Museum selbst leisten wollte.

In diesem Zusammenhang bittet **Landrat Sailer** außerdem darum, dem Landkreis den Museumsausbauplan vorzulegen. **Herr Stör** erklärt, der Ausbauplan könne durchaus im Detail zur Verfügung gestellt werden, gibt aber zu bedenken, dass alle Auswirkungen des Museumsausbauplans bereits in der Zweckvereinbarung ihren Niederschlag gefunden hätten. Er stellt ferner klar, dass die große Steigerung beim Betriebskostendefizit nichts mit dem Museumsausbauplan zu tun habe, sondern damit, dass bisher rd. 36.000 € zu den nicht gedeckten Betriebskosten (ca. 3 %) gegeben wurden, während sich der Landkreis nun dem 25 %-

Anteil nähern wolle. Herr Stör bietet an, diese Zahlen für die nächste Sitzung nochmals kurz zusammenzustellen.

**Kreisrat Hölzl** erinnert an das Geburtstagsfest des Museums, bei dem man gehört habe, dass der Bezirk Schwaben großes Interesse daran habe, den Museumsausbauplan voranzubringen. Dies wolle der Landkreis nicht verhindern. Es sei aber schon wichtig, alle Punkte vorher genau zu klären. Vom Grundsatz her könne dem Bezirk Schwaben aus seiner Sicht die Bereitschaft des Landkreises signalisiert werden, sich am Defizit wie vorgeschlagen zu beteiligen. Über die noch offenen Fragen sollte nun zunächst in den Fraktionen beraten werden.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorhanden sind, ruft **Landrat Sailer** den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

<b>TOP 2</b>	<b>Gymnasium Diedorf; Weitere Planung Vorlage: 09/0175</b>
--------------	--

**Landrat Sailer** bittet Herrn Püschel um einen kurzen Zwischenbericht zu den bisherigen Geschehnissen seit der Beschlussfassung im Kreistag.

**Herr Püschel** berichtet, die Beschlussfassung beinhaltete verschiedene Unterbeschlüsse mit einigen Arbeitsaufträgen an die Verwaltung. So müssen u. a. die Möglichkeiten und die Dauer der provisorischen Unterbringung geklärt sowie die Standortalternativen geprüft werden. Die Entscheidung für eine Standortalternative hänge auch mit der Frage zusammen, wie lange ein Provisorium nutzbar sei. Außerdem sollte der Finanzbedarf abgebildet werden. Dies werde in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses geschehen.

Zu Beginn der Sommerferien habe sich die Verwaltung gemeinsam mit Bgm. Völk die Grund- und Hauptschule Diedorf angesehen, die in der Ortsmitte situiert sei. Dem Landkreis wurde signalisiert, dort bestünde die Möglichkeit, mit einem Gymnasium zu starten. In Absprache mit dem Kultusministerium solle zum Schuljahr 2010/11 zunächst 3-zügig in der 5. Jahrgangsstufe begonnen werden. Dies wäre bei Aufrechterhaltung des Schulbetriebs der Grund- und Hauptschule tatsächlich auch möglich. Es stünden 3 Klassenräume à 70 m<sup>2</sup> ebenso zur Verfügung wie die nötigen Fachräume. 3 weitere Klassenräume könnten im darauffolgenden Schuljahr bereitgestellt werden. Ferner bestünde die Möglichkeit, in den Verwaltungsräumen eine „Kleinstverwaltung“ für das Gymnasium einzurichten. Herr Püschel betont, es liege nun am Freistaat Bayern, eine entsprechende Entscheidung herbeizuführen.

Am 18.09.2009 fand in diesem Zusammenhang ein Ortstermin mit dem Ministerialbeauftragten für die Gymnasien, Herrn Lepperdinger, statt. Herr Lepperdinger habe sich die Schule kritisch angesehen. Selbst wenn der Landkreis extrem schnell handeln sollte, gehe Herr Lepperdinger allerdings nicht davon aus, dass innerhalb von zwei Jahren bereits ein neues Gymnasium errichtet werden könne. Herr Lepperdinger wurde darüber informiert, dass natürlich die Möglichkeit bestehe, für ein weiteres Schuljahr 3 Container aufzustellen. Dem Ministerialbeauftragten konnte dargestellt werden, dass es von den Räumlichkeiten her möglich wäre, mit dem Gymnasium für 3 Jahre in den Räumen der Grund- und Hauptschule zu starten.

Bei den Verwaltungsräumen sei der Ministerialbeauftragte hingegen etwas kritischer gewesen und habe die Auffassung vertreten, dass im 2. bzw. 3. Schuljahr mehr Räume nötig wären. Aus Sicht von Herrn Püschel hängt dies jedoch mit der Frage zusammen, ob sofort ein eigenständiges Gymnasium installiert oder dies zunächst als Außenstelle des Gymnasiums Neusäß geführt würde. Ein Lehrerzimmer könnte auf jeden Fall eingerichtet werden. Von den Fachräumen und der Turnhalle sei Herr Lepperdinger sehr angetan gewesen, während er

beim Musikraum noch Schwachstellen gesehen habe. Herr Püschel berichtet von seinem Eindruck, wonach der Ministerialbeauftragte die ganze Situation dem Grunde nach als positiv empfunden habe.

Am 07.10. werde es nun ein Gespräch im Kultusministerium geben. Der Landkreis werde dem Ministerium dabei das Angebot ans Klassen- und Fachräumen schriftlich vorlegen. Herr Püschel bittet die Ausschussmitglieder deshalb darum, sich gemeinsam mit dem Landkreis dafür einzusetzen, dass vom Ministerium eine solche Lösung akzeptiert werde. Er gibt zu bedenken, dass die Entscheidung, ob und wo ein neues Gymnasium errichtet werde, vom Ministerium noch gar nicht getroffen wurde.

In Anbetracht der Gesamtsumme von 109 Mio. € im gesamten Schulbereich stellt sich aus Sicht von **Kreisrätin Durner** die Frage, wie der Landkreis ein Gymnasium auf die Schnelle finanzieren wolle. Schließlich stehe dies in der Prioritätenliste erst an dritter Stelle.

**Landrat Sailer** verweist auf die anstehende Klausursitzung des Bau- und Umweltausschusses, in der nochmals ausführlich über die Investitionsprogramme Hoch- und Tiefbau diskutiert werden soll. Die ganze Thematik hänge mit der Frage zusammen, ob der Landkreis dies in der mittelfristigen Finanzplanung auch entsprechend darstellen könne. Von Seiten der Kommunen sei in den nächsten Jahren zudem mit finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen. Zu den Standortalternativen für das neue Gymnasium merkt Landrat Sailer an, dass der Standort jenseits des Bahnhofs auf jeden Fall einen höheren Investitionsbedarf erfordern würde als der Standort an der Grund- und Hauptschule.

Zum Standort an der Schmutter möchte **Kreisrat Reisbacher** wissen, ob das Gelände bereits der Kommune gehöre oder dieses erst noch gekauft werden müsse. Beide Standorte befinden sich nach Mitteilung von **Landrat Sailer** im Besitz des Marktes Diedorf. Dies wird von **Bgm. Völk** bestätigt, der als Zuhörer anwesend ist. **Kreisrat Reisbacher** fragt außerdem nach, wie es beim oberen Gelände mit den sportlichen Freiflächen aussehen würde und ob das jetzige Gelände hierfür ausreichend wäre. **Bgm. Völk** meint, es komme auf die Äußerungen des Ministeriums an, ob zusätzliche Freisportanlagen gebaut werden müssen. Hierfür stünde auf jeden Fall genügend Platz zur Verfügung.

**Kreisrätin Durner** bringt nochmals ihre Sorge zum Ausdruck, dass die Anlaufzeit von 3 Jahren eventuell zu kurz sei, um dies alles zu finanzieren, während **Kreisrätin Huber** sich danach erkundigt, ob das Pilotprojekt „Mittelschule“ eventuell Einfluss auf die benötigten Räume in der Grund- und Hauptschule Diedorf haben könnte.

Das Thema „Mittelschulen“ soll nach Mitteilung von **Landrat Sailer** gesondert auf die Tagesordnung des Schul- und Kulturausschusses gesetzt werden. Erste Gespräche hierzu wurden bereits geführt. Diese Erfahrungswerte könne man in die Berichterstattung einfließen lassen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dem vorgetragenen Verfahren einverstanden.

<b>TOP 3</b> <b>Raumprogramm Berufliches Schulzentrum Neusäß</b> <b>Vorlage: 09/0177</b>
---

Anlagen:    Raumprogramm Berufliches Schulzentrum in der Fassung vom 16.9.2009

### Sachverhalt:

In der Sitzung vom 10.3.2009 (Vorlage 09/0020) befasste sich der Schul- und Kulturausschuss ausführlich mit dem Raumprogramm des Beruflichen Schulzentrums Neusäß und fasste folgende Beschlüsse:

„Der Schul- und Kulturausschuss nimmt das vorlegte Raumprogramm zur Kenntnis. Für das Raumprogramm des Beruflichen Schulzentrums Neusäß in der Fassung vom 22.10.2008 ist die schulaufsichtliche Genehmigung bei der Regierung von Schwaben als Grundlage für die weitere Planung des konkreten Bauprogrammes einzuholen.“

Mit Schreiben vom 25.3.2009 beantragte Landrat Martin Sailer bei der Regierung von Schwaben die schulaufsichtliche Genehmigung für das vom Schul- und Kulturausschuss beschlossene Raumprogramm. Am 23.6.2009 fand auf Bitten der Regierung von Schwaben im beruflichen Schulzentrum Neusäß eine Besprechung über das beantragte Raumprogramm statt, an der auch der Ministerialbeauftragte für die Fachoberschulen in Schwaben mit teilnahm. Ergebnis der Besprechung ist das beigefügte, angepasste, Raumprogramm.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

--

**Herr Falkenhein** erläutert den Sachverhalt sowie das als Tischvorlage ausgelegte Raumprogramm. Das Raumprogramm sei zwischenzeitlich mit allen Beteiligten nahezu vollständig abgestimmt, habe nach Aussage der Regierung von Schwaben beste Aussichten auf schulaufsichtliche Genehmigung und könne daher als Grundlage für die weiteren Überlegungen zum Bauprogramm dienen.

**Kreisrat Buhl** fragt nach, ob Herr Wunderlich mit diesem Raumprogramm einverstanden sei. **Herr Wunderlich** erklärt, damit könne die Schulleitung leben. Interessant sei nun, wie es zeitlich weiter gehen werde. Sofort nach Genehmigung durch die Regierung von Schwaben soll laut **Landrat Sailer** mit der Planung begonnen werden. Daneben sei die Frage der Investitionen zu klären.

**Kreisrat Buhl** bittet um Ergänzung des Beschlussvorschlags wie folgt: "Der Schul- und Kulturausschuss beschließt das Raumprogramm *in der Fassung des Entwurfs 4 vom 22.09.2009 ...*".

**Kreisrat Reisbacher** erteilt ebenfalls seine Zustimmung zum vorliegenden Raumprogramm und wirft die Frage auf, ob es möglich wäre, den Bau- und Umweltausschuss zu beauftragen, eine möglichst schnelle Zeitfolge bei der Umsetzung der Maßnahme zu erreichen.

**Landrat Sailer** erinnert daran, dass der Ausschuss bereits in einer der letzten Sitzung eine erste Kostenabschätzung erhalten habe. Vom Büro Felix + Jonas wurden 3 Varianten vorgestellt. Laut **Herrn Schwindling** soll in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses die fertige Machbarkeitsstudie durch das Architekturbüro Felix + Jonas präsentiert und der Bau- und Umweltausschuss gebeten werden, die Verwaltung zu ermächtigen, auf dieser



Basis das erforderliche VOF-Verfahren zur Vergabe des Planungsauftrags durchzuführen. Die Planungskonzepte bewegen sich bei Kosten zwischen 21 und 25 Mio. €

**Kreisrätin Grünwald** verweist auf Tagesordnungspunkt 5 (Fachoberschule/Berufsoberschule Agrar) der heutigen Sitzung und möchte wissen, inwieweit eine Ansiedlung dieses Schulzweigs bei den Beruflichen Schulen Neusäß Auswirkungen auf das Raumprogramm hätte. **Landrat Sailer** erläutert, dass es sich nach seinen Informationen um zwei mögliche Klassenzimmer handeln würde. Dies dürfte kein Problem darstellen.

### Beschluss:

Der Schul- und Kulturausschuss beschließt das Raumprogramm für das Berufliche Schulzentrum Neusäß in der Fassung des Entwurfs 4 vom 22.9.2009.

Für das Raumprogramm ist die schulaufsichtliche Genehmigung bei der Regierung von Schwaben zu beantragen. Dem Bau- und Umweltausschuss wird empfohlen, das genehmigte Raumprogramm der weiteren Planung für ein Bauprogramm zugrunde zu legen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 4</b>	<b>Realschule Meitingen - Konjunkturpaket II; Raumprogramm Vorlage: 09/0178</b>
--------------	---

Anlagen: Raumprogramm Realschule Meitingen

### Sachverhalt:

In der Bau- und Umweltausschusssitzung am 26.3.2009 wurde darüber abgestimmt, welche Maßnahmen zur Förderung nach dem Konjunkturpaket II gemeldet werden. Im Ergebnis wurde die Maßnahme „Dr.-Max-Josef-Metzger-Realschule Meitingen“ ausgewählt, die weiteren Maßnahmen wurden der Regierung von Schwaben nachrichtlich gemeldet.

Mit Zusageschreiben der Regierung von Schwaben vom 07.05.2009 wurde dem Landkreis mitgeteilt, dass das Projekt „Energetische Modernisierung Dr. Max-Josef-Metzger-Realschule Meitingen“ für eine Förderung im Rahmen des Konjunkturpaketes II eingeplant worden ist. Es sind derzeit Zuwendungen bis zur Höhe von 4.738.563 € (förderfähige Kosten 5.414.500 €) eingeplant. Mit Aufnahme des Vorhabens in das Programm kann mit der Maßnahme sofort förderunschädlich begonnen werden.

Den Auftrag für die Gebäudeplanung der Maßnahme „Energetische Modernisierung Dr. Max-Josef-Metzger-Realschule Meitingen“ hat der Bau- und Umweltausschuss an das Architekturbüro Obel & Partner, Donauwörth, vergeben.

Neben der energetischen Sanierung soll die Pausenhalle im Erdgeschoss der Schule erweitert werden. Hierzu hatte der Kultur- und Schulausschuss in der Sitzung vom 17.10.2007 (Vorlage 07/0185) bereits beschlossen: „Der Kultur- und Schulausschuss hält aus schulfachlicher Sicht die Erweiterung der Pausenhalle im EG der Realschule Meitingen für notwendig“.

Zur Begründung hatte die Verwaltung in der Vorlage ausgeführt: Die Realschule Meitingen weist seit Jahren einen Schülerstand von über 900 Schülern auf. Damit sollte eine geschlossene Pausenfläche von ca. 420 qm (200 + 220 qm) vorhanden sein. Derzeit stehen rund 204



im Verhältnis zu den bisher berücksichtigten Maßnahmen einen deutlichen Mehrwert an der Realschule Meitingen, so Herr Schwindling.

Ferner informiert Herr Schwindling darüber, dass der Landkreis bei der Auswahl des Architekten einen guten Griff gemacht habe. Herr Obel sei bei den Verhandlungen mit der Regierung von Schwaben sehr konstruktiv tätig gewesen. Dies habe letztlich dazu geführt, dass der Landkreis den kompletten Fehlbedarf gefördert bekomme.

Von **Kreisrat Hölzl** wird mitgeteilt, dass die CSU-Fraktion das Raumprogramm mittragen werde. Bereits am 17.10.2007 habe der Schul- und Kulturausschuss darüber beraten, eventuell eine Erweiterung der Pausenhalle vorzunehmen. Man habe sich dann aber darauf geeinigt, die Maßnahme bis zur notwendigen Fassadensanierung im Jahr 2010 zurückzustellen. Dies habe die Schulleitung damals auch so zustimmend zur Kenntnis genommen. Man brauche diese Diskussion daher heute nicht mehr führen. Die Notwendigkeit sei objektiv erkannt.

### Beschluss:

1. Der Schul- und Kulturausschuss beschließt das Raumprogramm für die geplante Erweiterung der Realschule Meitingen in der Fassung vom 22.9.2009.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die schulaufsichtliche Genehmigung bei der Regierung von Schwaben zu beantragen.
3. Dem Bauausschuss wird empfohlen, das Bauprogramm entsprechend zu beschließen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

**Herr Scholze** dankt dem Schul- und Kulturausschuss für diesen Beschluss. Die Realschule Meitingen bekomme dadurch endlich einen der Schule entsprechenden Versammlungsraum. Auch die sicherheitstechnischen Vorgaben für einen Versammlungsraum können damit künftig erfüllt werden.

**TOP 5 Fachoberschule/Berufoberschule Agrar;  
Stellungnahme Schulleitung Berufliches Schulzentrum Neusäß  
Vorlage: 09/0179**

### Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 18.3.2009 war der zuständige Ministerialbeauftragte für die BOS und FOS Südbayern um Stellungnahme gebeten worden, ob Bedarf an einer Berufoberschule im Landkreis besteht. Die Antwort ging mit Schreiben 8.4.2009 ein. Darin kommt der Ministerialbeauftragte zu dem Ergebnis, dass für eine eigenständige Berufoberschule im Landkreis Augsburg kein Potential gesehen wird. Für überlegenswert hielt er aber, ob in Neusäß angesichts des Profils der Berufsschule eine Fachoberschule oder Berufoberschule der Ausbildungsrichtung Agrarwirtschaft (mit Öffnung Richtung Gesundheit und Umwelt) angegliedert werden sollte.

In der Sitzung des Schul- und Kulturausschuss vom 19.5.2009 das Ergebnis der Prüfung hinsichtlich einer eigenen Berufoberschule im Landkreis vorgestellt (Vorlage 09/0072). Die Verwaltung wurde beauftragt, die Schulleitung des Berufl. Schulzentrums nach ihrer Einschätzung zu fragen.

Mit Email vom 12.7.2009 traf dazu folgende Stellungnahme zu den Fragen ein:

Welche Voraussetzung bräuchte es, eine FOS/ BOS Agrar in Neusäß anzusiedeln?

„Neben den entsprechenden Klassenzimmer (für jede Jahrgangsstufe ein Klassenzimmer) ist natürlich die entsprechende Schülerzahl nötig. Ich gehe von zwei Klassenzimmer für eine BOS Agrar aus. Im Augenblick werden die Schüler in der Ausbildungsrichtung Agrar nur in Landshut/ Schönbrunn und Triesdorf unterrichtet. Nach einer Ausweitung um die Bereiche Gesundheit und Umwelt kann von einer Klasse ausgegangen werden. Allerdings bedarf die Ausweitung noch einer Zustimmung der KMK. Diese wird u.a. auch von der LEV FOS/ BOS gefordert.“

Welches Potential dafür gibt es?

2) „Im Augenblick noch schwer abzuschätzen. Allerdings wird sich in diesem Bereich ein Angebot auch die entsprechende Nachfrage schaffen.“

Wie steht die Schulleitung angesichts der derzeitigen, evtl. aber auch künftigen räumlichen Situation diesen Überlegungen gegenüber?

3) „Die Schulleitung würde eine Angliederung einer FOS/BOS am Beruflichen Schulzentrum Neusäß sehr begrüßen. Diese Schulart passt sehr gut zum Profil unserer Schule, insbesondere der Beruflichen Oberschule, für die in Zukunft noch mit steigenden Schülerzahlen gerechnet werden kann.“

Wie realistisch wäre es, diesen FOS/ BOS Teil in Schwabmünchen anzusiedeln?

4) „Eine Ansiedlung einer eigenständigen FOS/BOS in Schwabmünchen erscheint nicht sinnvoll. Eine eigene Ausbildungsrichtung Agrar außerhalb von Neusäß wäre meiner Meinung nicht wirtschaftlich und organisatorisch von Neusäß aus nicht leistbar. Das Erfolgsmodell BFS Diätassistenten ist hier nicht so einfach zu wiederholen.“

Zur Auslastung der BOS in Donauwörth, Landsberg und Augsburg:

5) „Schüler aus dem Landkreis in Donauwörth (Stand 16.06.2009)

FOS	40	T/W/S
BOS		23 T/W
Vorkurs	9	

Schüler an der BOS Augsburg	
BOS	11 Schüler S

42 Schüler W (eine Klasse könnte auch in Neusäß unterrichtet werden, Gastschulbeiträge!)

Für Landsberg liegen keine Zahlen vor.“

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

--

**Herr Falkenheim** stellt den Sachverhalt dar und gibt zu bedenken, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht ratsam wäre, weitere konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Dies würde die ohnehin schon schwierige Raumsituation nur noch verschärfen.

**Kreisrätin Huber** möchte wissen, ob schon geprüft wurde, wie viele Räume in der Landwirtschaftsschule Schwabmünchen zur Verfügung stünden. So ganz sollte man sich von dieser Möglichkeit nicht verabschieden, da ein großes Einzugsgebiet von den Stauden bis hin zum Allgäu vorhanden wäre. Eine mögliche Fachoberschule/Berufsoberschule Agrar solle auch die Bereiche Gesundheit und Umwelt beinhalten. Schwabmünchen wäre hierfür sicherlich nicht der schlechteste Standort.

Dies könnte laut **Herrn Falkenheim** für den Fall geprüft werden, dass die Angelegenheit spruchreif sei. Die derzeit in Schwabmünchen vorhandenen Fachräume seien allerdings für die Hauswirtschaft ausgerichtet. Für eine BOS Agrar wären sehr viele technische Einrichtungen erforderlich, wofür die Schule in Schwabmünchen zum jetzigen Zeitpunkt sicher nicht gerüstet sei.

**Landrat Sailer** hält fest, dass zunächst eine Richtungsentscheidung und anschließend dann eine Standortuntersuchung erfolgen sollte.

Von **Kreisrat Buhl** wird angemerkt, er verstehe durchaus den Wunsch der Schulleitung nach Einhäusigkeit. Wenn man von nur zwei Klassenzimmern ausgehe, dann sei dies auch in Ordnung. Allerdings vertrete der Schulleiter die Auffassung, dass ein solches Angebot auch Nachfrage schaffen werde. Deshalb sollte der Vorschlag schon aufgegriffen werden, eine eventuelle Unterbringung in Schwabmünchen zu prüfen.

**Kreisrat Hölzl** sieht hierin auf jeden Fall eine logische Ergänzung des Berufsschulzentrums in Neusäß.

Anschließend erteilt **Landrat Sailer** dem Schulleiter das Wort. **Herr Wunderlich** führt aus, er wehre sich nicht grundsätzlich gegen eine Unterbringung einer BOS/FOS in Schwabmünchen. Im Augenblick sei dies aufgrund der dortigen Ausstattung allerdings nur schwer vorstellbar. Von daher würde er es lieber sehen, eine BOS/FOS in Neusäß anzusiedeln. Andererseits könnte in Schwabmünchen der bisher lediglich ausgelagerte Bereich der Diätassistenten dadurch aufgewertet werden und eventuell eine richtige Außenstelle der Beruflichen Schulen Neusäß entstehen. Unter Kostengesichtspunkten wäre hingegen wiederum Neusäß der günstigere Standort.

Bisher gebe es lediglich an zwei bayerischen Standorten den augenblicklichen Ausbildungszweig Agrarwirtschaft, teilt Herr Wunderlich weiter mit. Nach einer Abfrage, wer dies machen würde, sei die Zurückhaltung relativ groß gewesen. Darum habe man sich im Kultusministerium Gedanken gemacht, wie man den Ausbildungszweig attraktiver gestalten könnte. Laut Beschluss der Kultusministerkonferenz solle nun eine Erweiterung des Zweigs Agrarwirtschaft um Bio- und Umwelttechnik erfolgen. In diesem Fall wäre die BOS/FOS für wesentlich mehr Ausbildungsberufe attraktiv und würde für die Schüler im schwäbischen Bereiche ein höchst interessante Erweiterung darstellen. Im Augenblick könne allerdings noch nicht damit begonnen werden, da die Raumsituation äußerst schwierig sei.

Dies muss auch Sicht von **Kreisrätin Grünwald** auch nicht sofort geschehen. Es wäre aber schon wünschenswert, den Ausbau der Bildungslandschaft weiter voranzubringen, zumal es sich hierbei um einen weichen Standortfaktor handle.

Kreisrätin Grünwald berichtet außerdem, ihr sei zu Ohren gekommen, dass im Landkreis Landsberg eine BOS gegründet werden soll. Sie nehme nicht an, dass es sich hierbei um den Zweig Agrarwirtschaft handle.

**Herr Wunderlich** verneint dies und erklärt, dass dies mit dem auch für Oberbayern zuständigen Ministerialbeauftragten bereits abgestimmt sei.

Zur Frage eines möglichen Schülerpotenzials unterbreitet **Kreisrätin Grünwald** anschließend den Vorschlag, eine Probeeinschreibung durchzuführen. Hierbei handelt es sich laut **Herrn Wunderlich** um ein durchaus übliches Verfahren. Sobald die Sache vom Kultusministerium genehmigt sei, könne eine solche Probeeinschreibung – parallel zur regulären Schuleinschreibung im März/April nächsten Jahres – gemacht werden.

### Beschluss:

Der Schul- und Kulturausschuss erklärt dem Grunde nach die Bereitschaft zur Erweiterung des Bildungsangebotes im Landkreis. Bis zu einer der nächsten Sitzungen soll deshalb Kontakt mit dem Ministerialbeauftragten aufgenommen und das Antragsverfahren sowie die dafür notwendigen Erhebungen aufeinander abgestimmt werden, damit dann eine Probeeinschreibung erfolgen kann.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

## **TOP 6    Verschiedenes**

Unter diesem Tagesordnungspunkt informiert **Herr Püschel** zunächst über die Sperrung der Schulturnhallen bei den Leonhard-Wagner-Schulen in Schwabmünchen. Der Zeitung konnte entnommen werden, dass in der letzten Woche kurzfristig eine vorsorgliche Sperrung erfolgt sei. Bei routinemäßigen Untersuchungen wurde festgestellt, dass das Hallendach im Verhältnis zur letzten Überprüfung im Jahr 2007 spürbar gearbeitet habe. Die damals vorhandenen normalen Setzrisse hätten keinen Anlass zu irgendwelchen Bedenken oder notwendigen weiteren Handlungen gegeben. Nach dieser Überprüfung wurde auf Grundlage einer statischen Berechnung eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert.

Bei der nun in den Sommerferien erfolgten Begehung wurden größere Mängel festgestellt, weshalb weitere Untersuchungen notwendig seien, die dann in ein Gutachten münden werden. Dieses Gutachten werde in den nächsten Wochen erwartet. Eine Kurzbeurteilung der LGA habe zwischenzeitlich ergeben, dass die Hallen weiterhin nutzbar wären, sofern kein Schnee auf dem Dach liege. Nachdem aber ein Rest an Ungewissheit bleibe und derzeit

nicht erklärbar sei, wie es zu diesen Veränderungen kommen konnte, habe man kein Risiko eingehen wollen. Die Sportlehrer der Realschule hätten ohnehin bereits erklärt, dass sie vorerst keinen Unterricht in den Sporthallen geben möchten. Für die Schulen sei die Situation aufgrund der momentanen Witterung noch unproblematisch. Allerdings halte auch der TSV Schwabmünchen viele Veranstaltungen bzw. Meisterschaften in der Halle ab. Hier werde die Verwaltung versuchen, bei der Verlegung von Veranstaltungen behilflich zu sein.

In dieser Woche findet laut Herrn Püschel noch ein Gespräch mit den Statikern statt. Es könne sein, dass die Photovoltaikanlage vom Dach entfernt werden müsse. Die Verträge sehen dies jedenfalls vor.

**Kreisrat Hölzl** fragt an, ob die Gefahr bestehe, dass Feuchtigkeit eindringen könne. Nach Aussage von **Herrn Schwindling** sind Feuchtigkeitsprobleme vorhanden, die jedoch keinerlei Einfluss auf die Standsicherheit der Halle haben, da die Tragkonstruktion in Stahlbetonbauweise ausgeführt sei.

Des Weiteren erkundigt sich **Kreisrat Hölzl** nach dem Betreiber der Photovoltaikanlage. Dazu berichtet **Herr Schwindling**, der Landkreis habe sämtliche Dächer an einen Investor vermietet. Mit diesem wurden bereits Gespräche geführt. Sollte eine Nachberechnung ergeben, dass die Halle im Winter durch eine zusätzliche Schneelast gefährdet wäre, dann müsse die Anlage abgebaut werden.

**Kreisrätin Grünwald** meint, es sei richtig, auf solche Gutachten großen Wert zu legen. Sie gehe davon aus, dass vor dem Aufbau der Photovoltaikanlage vom Investor ein statisches Gutachten vorgelegt wurde, das bestätigt habe, dass das Hallendach die Anlage tragen könne. Kreisrätin Grünwald möchte wissen, ob es sein könnte, dass die Risse durch die Photovoltaikanlage schneller aufgetreten seien. Es sei auf jeden Fall von Vorteil, dass die Angelegenheit vertraglich so gesichert sei, dass dem Landkreis keine Nachfolgekosten entstehen.

**Herr Püschel** gibt abschließend zu verstehen, dass das vom Investor vorgelegte Gutachten hinterfragt werden und dann auf Grundlage von Fakten entschieden werden müsse.

Darüber hinaus kommt **Herr Püschel** auf den Erweiterungsbau bei der Realschule Zuzmarshausen zu sprechen und informiert den Ausschuss über eine Veränderung bei der Zusammenarbeit mit dem Schulverband.

Er stellt eingangs klar, dass das am 07.07.2009 vom Schul- und Kulturausschuss beschlossene Raumprogramm davon unberührt bleibe. Nachdem die Verwaltung beauftragt gewesen sei, die schulaufsichtliche Genehmigung einzuholen, wurde in den Vorgesprächen mit der Regierung von Schwaben die Frage nach dem Raumbedarf des Schulverbandes gestellt. Die Regierung von Schwaben äußerte Zweifel, ob der Raumbedarf nicht auch ohne weiteren Anbau von Seiten des Schulverbandes geleistet werden könnte und habe sich nicht in der Lage gesehen, einer Förderfähigkeit der geplanten Maßnahme für den Bereich des Schulverbandes zuzustimmen.

Nachdem die Anträge hierfür aber bis Ende September gestellt werden müssten, habe Bgm. Lettinger als Vorsitzender des Schulverbandes nun in einem Schreiben mitgeteilt, dass er sich derzeit nicht in der Lage sehe, einen Beschluss im Schulverband herbeizuführen bzw. den nötigen Antrag bei der Regierung von Schwaben zu stellen. Herr Püschel weist darauf hin, dass deshalb im Bau- und Umweltausschuss am 29.09.2009 ein Bauprogramm mit dem Ziel beschlossen werden solle, zunächst den Bedarf des Landkreises abdecken zu können, das aber auch die Möglichkeit offen halte, mittelfristig auf den Bedarf des Schulverbandes zu reagieren.

Auch **Kreisrat Lettinger** fasst nochmals kurz die derzeitige Situation zusammen, bei der auch die künftige Bildung von Mittelschulen eine Rolle gespielt habe. Diese Auswirkungen

seien momentan noch nicht absehbar. Der Schulverband sei mit neuen Zahlen konfrontiert worden. Während man bislang von 24 Räumen ab dem Schuljahr 2014/15 ausgegangen sei, werde nun nur noch mit 20 Räumen geplant. Es sei ihm noch nicht gelungen, an diese Berechnungen zu kommen, so Kreisrat Lettinger.

Aufgrund dieser Tatsache habe der Schulverband beschlossen, dass man der Maßnahme nicht folgen könne. Er sei jedoch dankbar dafür, dass der Landkreis dem Schulverband eine Tür offen halten wolle. In den Hauptschulen sei derzeit vieles im Umbruch. Vielleicht könne es in den nächsten ein bis drei Jahren gelingen, doch noch eine gemeinsame Mittagsbetreuung und Mensa auf den Weg zu bringen, was eigentlich der einzig richtige Weg wäre. Der Schulverband wollte den Landkreis aber jetzt nicht ausbremsen und habe daher dieses Schreiben verfasst, damit der Landkreis seine Planungen weiter verfolgen könne.

**Kreisrat Hölzl** wirft die Frage auf, ob dies Auswirkungen auf die Mittagsbetreuung haben werde, da man ja eigentlich eine Kooperation anstreben wollte. Daraufhin schlägt **Landrat Sailer** vor, zunächst die Stellungnahme der Regierung von Schwaben abzuwarten. Da man jedoch vor der Vergabe des Auftrages an ein Architekturbüro stehe, sei es wichtig, dass das Raumprogramm hiervon dem Grunde nach nicht berührt sei.

Die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses nehmen die vorgetragenen Informationen zur Kenntnis.

## **TOP 7    Wünsche und Anfragen**

**Kreisrat Reisbacher** spricht der Verwaltung gegenüber ein Lob aus, was die Neuregelung der Internetvernetzung der Landkreisschulen betrifft. Dies sei bei den Lehrkräften sehr gut angekommen.

**Herr Falkenhein** erklärt, dass sich der Landkreis dies auch etwas habe kosten lassen. Eine entsprechende Darstellung hierzu erfolgte im Zuge der Haushaltsberatungen. Mit dem Ergebnis könne sich der Landkreis sehen lassen. Es freue ihn sehr, dass eine solche positive Rückmeldung komme.